

Wahlprogramme abgeklopft: Themenschwerpunkt Energie

Eine vergleichende Darstellung

Michael Bockhorst via www.energieinfo.de (Kontakt: [bockhorst \(at\) energieinfo.de](mailto:bockhorst(at)energieinfo.de))

Stand 2009-09-18 = FINAL =

2009-09-18: Wahlprogramm B90/Die Grünen eingearbeitet

2009-09-14: Wahlprogramme CDU/CSU und SPD eingearbeitet

2009-09-04: Wahlprogramm Die Linke eingearbeitet

2009-08-31: INIT, FDP-Wahlprogramm eingearbeitet

Das vorliegende Dokument ist eine Auswahl von Statements der einzelnen Parteien zur Bundestagswahl 2009. Sie sind den entsprechenden Wahlprogrammen entnommen worden. Die Auswahl der Themen und Statements hat nach bestem Wissen und Gewissen stattgefunden. Eine Haftung für Fehler kann jedoch nicht übernommen werden. Nutzungshinweis: Nutzung der Inhalte nur bei Quellenangabe!

Die Fundorte sind durch Seitenzahlen in der Form (p. <Seitenzahl>) markiert.

Quellenangaben:

CDU: Wir haben die Kraft; Gemeinsam für unser Land.

Regierungsprogramm 2009-2013

(Verabschiedet auf einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstands der CSU Berlin, 28. Juni 2008), 92 S., A5

SPD: Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland.

Das Regierungsprogramm der SPD

(Beschlussen auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 14. Juni 2009 in Berlin), 96 S., A5

FDP: Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009.

Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009

(Bundesparteitag 15.-17. Mai 2009, Hannover) 88 S., A5

B90/Die Grünen: Der Gruene neue Gesellschaftsvertrag; Klima Arbeit Gerechtigkeit Freiheit.

([...] Bundestagswahlprogramm [...] 30. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz [...] vom 8.-10. Mai 2009 in Berlin [...]), 224 S., Sonderformat < A5

Die Linke: Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden.

Bundestagswahlprogramm 2009

(Beschluss des Bundestagswahlparteitages der Partei DIE LINKE, 20. und 21. Juni in Berlin), 60 S., A5

Ihr Beitrag zur **Einsparung von Ressourcen:**

Lesen Sie dieses relativ kurze Dokument, wenn möglich, am Bildschirm!

Wenn alle Parteiprogramme ausgewertet sind, wird auch eine Druckversion für

sparsamere Schwarz-Weiß-Drucker bereitgestellt!

Thema	Parteien (Aussagen / Forderungen)				
	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Die Linke
- Kohle	Technologie effizienterer Kohlekraftwerke soll Bestandteil der Energieforschung sein. (p. 26)	Auf die Nutzung von Kohle und Gas kann auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden (p. 28) Eine Beendigung des deutschen Steinkohlebergbaus soll verhindert werden. U.a., weil der Steinkohlebergbau „wesentlich zum Aufbau des Landes und zum Wohlstand beigetragen“ hat. (p. 29)	Kohleverstromung soll klimaverträglicher werden, daher Forderung: Neue Kohlekraftwerke dürfen nur dann an das Netz, wenn sie für eine CO ₂ -Abscheidung nachgerüstet werden können. Erleichterung des Baus von CO ₂ -Pipelines (Planungsbeschleunigungsgesetz). (p. 57)	Moratorium gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke (p. 21)	Planung und Bau neuer Kohlekraftwerke wird kategorisch abgelehnt (p. 13)
- Erdöl		Strategie „Weg vom Öl“. Mittelfristig soll für den Energiebereich (ca. 85 %) unabhängig von Ölimporten werden. (p. 25)		Substitution des Erdöls in der Chemie- und Kunststoffindustrie durch nachwachsende Rohstoffe. (p. 140)	
- Erdgas			Auch nicht-russische Gaslieferverträge fördern, Ausbau von Flüssiggasterminals, um einseitige Abhängigkeit zu reduzieren, europaweit koordinierte Gasbevorratung zur Sicherung der Gasversorgung (p. 53)	Ein Gesetz soll einen Mindestwirkungsgrad für neue Kraftwerke vorschreiben. Damit ist nur noch der Bau hocheffizienter Gaskraftwerke [GuD-Technik?] möglich (p. 68)	
- CO ₂ -Ziele	Senkung der Kohlendioxid-Emissionen in Deutschland um mindestens 40 % bis 2020 (1990-Referenz). (p. 71)	Senkung der Treibhausgas-Emissionen um mindestens 40 % bis 2020 (1990=Referenz). (p. 26)	EU: 20% bis 2020 (1990=Referenz) wird begrüßt, erforderlich ist aber 30% Reduktion. Diese Ziele sollen nicht durch Produktionsverlagerungen erreicht werden. (p. 55)	In Deutschland soll der Treibhausgas-Ausstoß bis 2020 um 40 % sinken (1990=Referenz). Festschreibung in Klimaschutzgesetz (p. 60) Einführung von „Carbon Budgets“ für Ministerien, die diese dann nicht überziehen dürfen (p. 60) Fahrzeuge: CO ₂ -Emissionen sollen bis 2020 auf durchschnittlich 80 g/km sinken [für PKW] und 2030 „abermals deutlich darunter liegen“. (p. 74)	Treibhausgas-Emissionen müssen bis 2020 in Deutschland um 50 % gesenkt werden (1990=Referenz), bis 2050 um 90 % reduziert werden. (p. 13)
- CO ₂ -Maßnahmen	CO ₂ -Rückhalt (CCS-Technologie) kann wichtigen Beitrag zu Klimaschutz leisten. (p. 25)	Erhöhung der Energieeffizienz, CO ₂ -Rückhalt (CCS-Technologie) soll weiterentwickelt werden. (p. 28)	Energieeffizienz steigern, CO ₂ -Rückhalt (CCS-Technologie) bei Kohlekraftwerken einführen (div.)	CO ₂ -Abscheidung (CCS-Technologie) wird nicht als Lösung anerkannt. (p. 67)	CO ₂ -Abscheidung wird nicht als Lösung anerkannt (p. 13)
- Stickoxide	Senkung der Stickoxid-Emissionen „mit Augenmaß“, besonders durch Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. (p. 74)	Absenkung der Grenzwerte für Industrie/Gewerbe für Stickoxide. (p. 74)	Senkung der Emissionen des Schiffsverkehrs, auch bei Hafenaufenthalt durch landseitige Stromversorgung (p. 63)		
- Schwefeldioxid			Senkung der Emissionen des Schiffsverkehrs, auch z.B. bei Hafenaufenthalt durch landseitige Stromversorgung (p. 63)		

- Feinstaub	Senkung der Feinstaub-Emissionen „mit Augenmaß“, besonders durch Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. (p. 74)	Absenkung der Grenzwerte für Industrie/Gewerbe, bei Kleinfeuerungsanlagen für feste Brennstoffe . (p. 74)	Mehr Freiheit für die Staaten bei Regelung von Feinstaubgrenzen, weg von tagesbezogenen Grenzwerten zu Jahresgrenzwerten, Einbeziehung aller Feinstaubquellen in die Bewertung (z.B. Kleinfeuerungsanlagen). (p. 64)		„... Belastung mit Feinstaub reduzieren“. (p. 16)
- Lärmschutz	Lärm ist für 2/3 der Deutschen störend und beeinträchtigt Lebensqualität/Gesundheit. Lärmreduktion an der Quelle (lärmarmer Asphalt, Verkehrsvermeidung & -verlagerung, Lärmschutzwände) für Schiene/Straße. Strengere Grenzwerte. (p. 74)	Weiterer Ausbau des Lärmschutzprogrammes für Straßen- und Schienenwege. „Die Betroffenen von Fluglärm [werden] durch Schallschutz an ihren Gebäuden“ entlastet. In der EU wird man sich für verschärfte Lärmvorschriften für Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel einsetzen. (p. 74)	Angleichung der Lärmschutzregelungen von Bahn an strenge Regeln für Straßenbau, Anreize für leisere Bahn. (p. 64)	Einführung oder Ausweitung von Nachtflugverboten, aktiver und passiver Lärmschutz an Bahnstrecken/Straßen, lärmarmer Asphalt. (p. 133)	„... Lärmschutz erhöhen ...“ (p. 16)
Kernenergie	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Die Linke
- Kernkraftwerke	Kernenergie ist vorerst fester Bestandteil des Energiemix. Kernenergie hat Brückenfunktion, bis klimafreundliche, wirtschaftliche Alternativen verfügbar sind. (p. 25) Laufzeitverlängerung für sichere Kernkraftwerke, Neubau wird abgelehnt. (p. 25) Gewinne aus Kernenergienutzung sollen für Forschung im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie zu Strompreisreduktion verwendet werden. Dazu: Verbindliche Vereinbarung zwischen Bund und Betreibern. (p. 25)	Ausstieg aus dem Betrieb der Kernkraftwerke bis 2021. Bis dahin sollen höchstmögliche Sicherheitsstandards gelten. Laufzeitverlängerung wird als hinderlich beim Umstieg auf neue Technologien angesehen. (p. 28)	Ausstieg aus Kernenergie ist falsch. Kernenergie ist eine Übergangstechnologie, bis CO2-arme Kohlekraftwerke oder grundlastfähige erneuerbare Energien ausreichend verfügbar sind. Daher Laufzeitverlängerung für sichere Kernkraftwerke. Im Gegenzug zahlen Kernkraftwerksbetreiber einen Teil der finanziellen Vorteile in die zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ ab – diese Stiftung fördert Forschung an innovativen Energietechnologien, vorrangig Speichertechnologien [um erneuerbare wie Wind und Photovoltaik grundlastfähig zu machen] (p. 57)	Am Ausstieg der Kernenergienutzung wird festgehalten. Die Abschaltung der Großkraftwerke (Kern- und Fossil-) soll dazu führen, dass Alternativen gefunden und eingesetzt werden müssen (p. 65)	Atomkonsens von Rot-Grün wird abgelehnt, weil die Restlaufzeiten Profitsicherung für die Betreiber der Kernkraftwerke darstellen. Forderung nach sofortiger Stilllegung aller kerntechnischen Anlagen, Exportverbot für Kerntechnik, Aussetzen aller Transporte von Atommüll bis Endlagerung geklärt ist. (p. 14)
- Endlagerung (nuklear)	Aufhebung des Moratoriums für die Erkundung des vorgesehenen Endlagers Gorleben, um die derzeitigen Zwischenlager aufzulösen (p. 26)	Gorleben darf nicht als einzige Option angesehen werden. „ergebnisoffenes und an internationalen Standards ausgerichtetes Verfahren“ soll zur Standortsuche eingesetzt werden. Energiekonzerne der Atomwirtschaft sollen an Endlagerung beteiligt werden. (p. 28)	Aufhebung des Moratoriums für Gorleben, ergebnisoffene Fortführung der Erkundung, endgültiger Entscheid über Endlagerstätte bis 2013 (p. 58)	Morsleben, Gorleben werden als gescheitert angesehen. Einführung eines „Endlagersuchgesetzes“ zur ergebnisoffenen Suche nach geeignetem Endlager. Finanzierung durch die betrieblichen Rückstellungen der Kernkraftwerksbetreiber. (p. 66)	Endlager Gorleben und Schacht Konrad sollen aufgegeben werden, „neue Standorte, transparent und gerichtlich nachprüfbar, auf Kosten der Atomindustrie suchen“ (p. 15)
Erneuerbare	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Die Linke

- Allgemein	„Energie-Atlas Deutschland“ soll eingeführt und permanent fortgeschrieben werden, um Potentiale erneuerbarer Energien aufzuzeigen. Dadurch „intelligente Vernetzung der Energieerzeugungsstellen und Verbraucher“. (p. 25) Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien 20 % betragen. Bisheriger quantitativer Ausbau soll in qualitativen Ausbau verändert werden: Intelligente Stromnetze, Speichertechnologien für höhere Wirtschaftlichkeit, Grundlastfähigkeit (p. 25)	Vorlage eines „Nationalen Aktionsplans Erneuerbare Energien“, der den Einsatz erneuerbarer Energien in allen Bereichen beschleunigen wird. (p. 27) Förderung der IRENA (=Internationale Agentur für erneuerbare Energien) als Mittel zur weltweiten Verbreitung erneuerbarer Energien. (p. 27)	Erneuerbare so kostengünstig wie möglich, alle Nutzungspfade müssen einbezogen werden. (p. 56)		
- Ziele	Mindestens 30 Prozent Anteil an <i>Stromerzeugung</i> bis 2020. (p. 71)	Mindestens 35 % der <i>Stromerzeugung</i> soll bis 2020 aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. 2030 soll der Anteil bei 50 % liegen. (p. 26)	Anteil soll in der EU bis 2020 auf 20% steigen. (p. 55)	Bis 2020 sollen 40 %, bis 2030 sollen 100 % des Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Bis 2040 soll die Energieversorgung Deutschlands zu 100 % aus erneuerbaren Energien erfolgen. Bis 2020 sollen 30 % der Wärme aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. (p. 61, 63)	Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien für Strom mindestens 50 % erreichen, für Klimatisierung (Wärme/Kälte) mindestens 25 %. (p. 13) Mittelfristig 100 % Deckung des Energiebedarfs in Deutschland durch erneuerbare Energien. (p. 13)
- Wind		Bis 2013 wird für die Offshore-Windkraft (=Windenergie auf offenem Meer) eine installierte Leistung von 1500-2000 Megawatt (500-700 Megawatt durchschnittliche Leistung) angestrebt. (p. 27)	„Windstrom in Elektrofahrzeugen speicherfähig machen“. (p. 63)		
- Photovoltaik		Bis 2013 soll Strom aus Photovoltaik gleich dem Endkundenpreis für Strom werden (Netzparität). (p. 27)			
- Solarkraftwerke			Klare Stellungnahme für DESERTEC (Solar/Wind/Speicher/Netz) im nordafrikanisch-europäischen Verbund. (p. 55)		
- Solarthermie					
- Geothermie					

- Biomasse	Biomasse als heimischer Energieträger ist von Bedeutung und soll wettbewerbsfähig bleiben. (p. 66) Biomasse-Nutzung soll weiterentwickelt werden, z.B. für Biokraftstoffe der 2. Generation. (p. 71)		Beschränkungen der Direkteinspeisung von Biogas sollen wegfallen, Beimischungsquote für Biosprit soll festgeschrieben werden. (p. 57) Die energetische Biomasse-Nutzung muss so gestaltet werden, dass sie einer nachhaltigen Ressourcenwirtschaft entspricht (keine ökologischen Folgen, keine Nahrungsmittelkonkurrenz). (p. 62) Biokraftstoffe 2. und 3. Generation, die auch aus Reststoffen und Algen gewonnen werden können, werden als zukunftsweisend angesehen (p. 63)	Es sollen vorrangig Pflanzenreste und landwirtschaftliche Nebenprodukte eingesetzt werden. (p. 139) Klima- Umwelt und Sozialstandards bei Biomassenutzung müssen eingehalten werden. (p. 139)	Biomasse, besonders Biotreibstoff, kann grundlegende Verkehrswende nicht ersetzen. Nutzung von „organischen Abfällen und Energiepflanzen“ für Wärmeerzeugung ist viel effizienter als ihre Nutzung für Treibstoffe. (p. 14) „keine Agroenergie-Importe aus dem Nicht-EU-Ausland“ (p. 15)
- Wasserkraft					
- Naturverbrauch	Der Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch Baumaßnahmen und ökologische Ausgleichsflächen soll minimiert werden. (p. 66)	Bis 2010 Einführung umfassender Zertifizierungssysteme, die im Bereich Bioenergie für Nachhaltigkeit sorgen. (p. 27) Vermeidung der Zerschneidung der Landschaft durch Verkehrswege. (p. 62) Vermeidung der Zerstückelung der Landschaft, erproben eines Konzeptes von Flächenzertifikaten, die zwischen Gemeinden für neue Siedlungsausweitungen gehandelt werden können (p. 74)	Keine Biomassenutzung (heimisch, Import), die im Konflikt mit dem Schutz ökologisch sensibler Gebiete steht. (p. 55) Nutzung bereits versiegelter Flächen hat Vorrang vor Neuausweisung von Baugebieten (p. 60)	Grundsteuer soll nach ökologischen Gesichtspunkten gestaffelt werden. (p. 56) Mit „Bundeswildwegeplan“ soll die Zerstückelung der Landschaft vermieden werden. (p. 135) Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 30 ha / Tag. (p. 136)	Biotreibstoff-Produktion verursacht Tropenwaldvernichtung, ist daher nicht sinnvoll (p. 14) Flächenverbrauch reduzieren, indem versiegelte Flächen freigegeben werden, zusammenhängende Landschaften wiederhergestellt werden. (p. 16)
- Nahrungskonkurrenz	Anbau nachwachsender Rohstoffe wird unterstützt, solange die Ernährungssicherheit nicht gefährdet wird. (p. 66)		Keine Biomassenutzung (heimisch, Import), die im Konflikt mit Futter- und Nahrungsmittelproduktion steht (p. 55)	Bioenergie darf nur eingesetzt werden, wenn dafür keine Menschen hungern müssen. (p. 139)	Biotreibstoff-Produktion fördert den „Welthunger“, ist daher nicht sinnvoll (p. 14)
Investitionen/Maßnahmen	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Die Linke
- Energieforschung	Materialforschung als Grundlage für Energie- und Ressourceneffizienz (im Sinne vorgelagerter Forschung) soll gefördert werden. (p. 11) „Breit angelegte, technologieoffene Energieforschung“ (p. 26)	Energieforschung soll ausgeweitet werden. Schwerpunkte für das 6. Energieforschungsprogramm: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Speichertechnologien. (p. 29)	Forschungsmittel für hocheffiziente Stromübertragung ist zu fördern (HGÜ), DESERTEC (p. 56) Gründung der „Deutschen Stiftung Energieforschung“, siehe Abschnitt Kernkraftwerke. (p. 57) „... Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Speichertechnologien und Antriebe ...“ durch Politik (p. 64)		

- Infrastruktur allgemein	Rahmenbedingungen für schnelle Erneuerung des (veralteten) konventionellen Kraftwerksparks sollen geschaffen werden. (p. 24) Ausbau der Infrastruktur (neue konventionelle Kraftwerk, Ausbau Energienetz, Energieerzeuger aus erneuerbaren Energien) stoßen zunehmend auf Akzeptanzprobleme – mehr Aufklärung leisten. (p. 25)		Ausbau der Energieinfrastruktur ist dringend erforderlich, dazu auch vereinfachte Planfeststellungsverfahren sollen Infrastrukturausbau vereinfachen (p. 54)		
- Energieeffizienz allgemein	Wirtschaftswachstum soll von Ressourcenverbrauch weiterhin zunehmend abgekoppelt werden. Mit Wirtschaft soll ein „Aktionsbündnis Energieeffizienz“ eingerichtet werden, welches Information, Aufklärung, Beratung, individuelle Stromtarife fördert. (p. 26) Einführung von Höchstverbrauchsstandards, Anreize für den Kauf sparsamer Geräte (p. 26) „Effizienzstrategie Mittelstand“: Verbesserte Aufklärung und finanzielle Erleichterungen bei der Durchführung von Energieeffizienz-Maßnahmen. (p. 26)	Einführung eines Hocheffizienz-Gesetzes zur Erhöhung der Energieeffizienz. Ziel, 11 % des derzeitigen Strombedarfs einzusparen. (p. 26) Verknüpfung der Energiesteuerprivilegien für prod. Gewerbe mit Energiemanagement-Systemen. Top-Runner-System soll eingeführt werden. Energieberatung für Verbraucher soll vorangetrieben werden. (p. 26f)	„Zentrale Klimaschutzstrategien sind mehr Energieeffizienz und Energiesparen“ mit größtem Potential im Bereich Heizung, techn. Produkten, dem Verhalten des Einzelnen. (p. 56)	Top-Runner-System soll eingeführt werden. Bessere Energieberatung und Verbrauchskennzeichnung, strenge Vorgaben für maximalen Energiebedarf. (p. 69)	„Wir brauchen eine ökologisch-technische Effizienzrevolution, eingebettet in alternative Lebensstile.“ (p. 13) Forderung nach einer Verbrauchsreduzierung aller Verkehrsmittel/-systeme (p. 14) Top-Runner einführen (Aktuelle effizienteste Geräte legen Standard in z.B. 3 Jahren fest). Energieoptimierung des Gebäudebestandes, bundesrechtliche Vorgaben für ökologische Orientierung der Bauleitungplanung. (p. 15) Vorrangige Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe (p. 15)
- Energieeffizienz (Ziele)	Energieeffizienz soll sich bis 2020 (1990=Referenz) verdoppeln. (p. 71)	Verdoppelung der Energieproduktivität (Wertschöpfung pro eingesetzter Energieeinheit) bis 2020 (1990=Referenz). (p. 27)			„Energieeffizienz [soll] deutlich erhöht“ werden (p. 13)
- Technologietransfer			Mehr Technologietransfer in Entwicklungsländer unter Wahrung der Rechte am geistigen Eigentum. Clean-Development-Mechanism soll gefördert werden (Aufforstung und Vermeidung von Abholzung). (p. 55)	Wissens- und Technologietransfer in Entwicklungs- und Schwellenländer muss gefördert werden. (p. 205)	
- Ressourceneinsatz	Klares Position, dass Ressourceneinsatz verringert werden muss. (diverse)				Alle Stoffströme, die „durch unsere Industriegesellschaft“ gepumpt werden, müssen „in den nächsten Jahrzehnten“ auf 10 % reduziert werden. Kapitalistisches Wirtschaftswachstum soll durch nachhaltigen Lebensstil / sozialökologisches Wirtschaften ersetzt werden.
Energiepolitik	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Die Linke

- Allgemein	„Unsere Energiepolitik setzt auf Energiesicherheit, ökologische Verträglichkeit, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise und Unabhängigkeit“ (p. 9) „Deutschland braucht eine nationale Energiestrategie.“ Energiesicherheit (Versorgung, Preis, Ökologische Gesichtspunkte) wird als elementarer Politikbereich erkannt. (p. 24) Bündelung der Kompetenzen der Energiepolitik, um „Energiepolitik aus einem Guss“ zu gestalten. (p. 27) In der Europäischen Union wird eine langfristige Energiepolitik angestrebt. (p. 89)	Förderung nach „ökologischer Industriepolitik“ (p. 25)	Strategische Energiepolitik, Sicherung der verlässlichen Versorgung, EU: Solidarität in Krisenfällen, einheitliches Auftreten nach Außen.	„Öffentliche Investitionen und die Rahmenbedingungen für den Markt müssen darauf ausgerichtet sein, den Umstieg vom fossil-atomaren in das solare Zeitalter so schnell wie möglich zu schaffen.“ (p. 62)	Soziale Gerechtigkeit und ökologische Neuausrichtung unserer Lebens/Wirtschaftsweise stehen in direktem Zusammenhang (p. 12)
- Energiesteuern		Stärkere Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Aspekte bei der Entfernungspauschale. Gleichbehandlung: gleiche Rückerstattung unabhängig vom Einkommen. (p. 30)	MwSt. für Energie auf 7 Prozent senken oder Ökosteuer abschaffen. (p. 53)	Einführung einer einkommens-unabhängigen Mobilitätszulage. Abschaffung des Dienstwagenprivilegs für Fahrzeuge mit hohem Verbrauch. Besteuerung von Brennelementen aus Kernkraftwerken wie bei fossilen Brennstoffen. LKW-Maut soll externe Kosten des Güterverkehrs widerspiegeln, auch auf kleinere LKW und alle Straßen angewendet werden (p. 56, 71) Mehrwertsteuersatz für Bahnverkehr soll auf den ermäßigten Wert reduziert werden. (p. 72) Abbau von Steuervergünstigungen für Flugtreibstoffe, Einführung einer Flugticketabgabe. (p. 73)	Förderung nach einer Besteuerung des Kerosins (Flugzeugtreibstoff) und des Schweröls (Treibstoff für Schiffe). (p. 14) „Kerosinsteuer und Flugticketabgabe einführen“ (p. 16)
- Energiewirtschaft/-markt	Umwelttechnik wird als Wachstumsmarkt des 21. Jahrhunderts angesehen. Ressourcen- und Energieeffizienz, erneuerbare Energien, nachhaltige Wasser- und Kreislaufwirtschaft stehen im Fokus. Unterstützung dieser Märkte durch marktwirtschaftliche Instrumente (Anreize, Rahmenbedingungen). Dadurch mehr Export, mehr Klimaschutz möglich. (p. 10 re) Ausgewogenheit zwischen ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten muss hergestellt werden. (diverse)	Ausbau z.B. der Leitmärkte Klima- und Umwelttechnik ist von „zentraler Bedeutung“. (p. 20)	Stärkere Marktorientierung durch Wegfall der Dominanz durch die vier großen deutschen Energieunternehmen. Verlässliche Rahmenbedingungen für neue Unternehmen in Deutschland (p. 53) Förderung eines europäischen Binnenmarktes für Energie (p. 53) Transparenz durch gut verständliche Rechnungen für Energie für Endkunden (p. 56)	„Wirtschaftskrise, Klimakrise, Nahrungsmittelkrise, steigende Rohstoffpreise, Energiekrise und eine wachsende soziale Spaltung haben ihre gemeinsamen Ursachen in einer Entfesselung der Märkte“. (p. 33) „... Märkte zum Mittel machen, ökologische und ökonomische und soziale Ziele zu erreichen.“ (p. 33)	Aufbruch des Energiekartells, Energieversorgung soll „rekommunalisiert“ werden. Energiekonzerne sollen in öffentliches Eigentum umgewandelt werden. (p. 14)

- Gesetzgebung	Des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll weiterentwickelt werden im Sinne einer „wirtschaftlichen und bedarfsgerechten Energieversorgung“. (p. 25)		Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) (Nachfolger des Stromeinspeisegesetzes) muss durch stärkere Degression an günstigere Bereitstellung erneuerbarer Energien angepasst werden (geringere Vergütungssätze), dazu 2-jährige Kontrolle, wie sich Technik entwickelt (p. 56) Schaffung eines „unbürokratischen, einfachen und		
- Soziales	„Wohlstand in einer zerstörten Umwelt ist kein Wohlstand.“ (p. 7) Ziel: „qualitatives Wachstum zugunsten von Klimaschutz, Ressourcenschonung und Krankheitsbekämpfung“. (p. 19) Stärkung der „Energiekompetenz der Verbraucher“ – durch Umweltbildung, Beratungsangebote, Kennzeichnung des Energiebedarfs, Stromzähler. (p. 26) Energiepreise dürfen nicht zu soziale Frage werden. (p. 27)	„Mobilität darf ... nicht zum Luxusgut werden.“ (p. 29)	„Mobilität und Heizen darf kein Luxusgut sein“ (p. 53) „Technikfeindlichkeit darf sich nicht durchsetzen“ (p. 54) Förderung der „ökologischen Konsumentenverantwortung“, „bewusste Entscheidung des Einzelnen“ aufgrund transparenter Information. (p. 56)		Klimaschutz hat eine soziale Funktion (p. 13) „Bezahlbare Energie und Mobilität müssen auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet sein.“ (p. 13)
Energiethemen	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Die Linke
- Energiespeicherung	„Forschung an Speichertechnologie muss ein Schwerpunkt im Bereich der Förderung regenerativer Energieformen sein“ (p. 26)		Wenn Wind und Sonne höhere Deckungsgrade erreichen sollen, sind innovative Methoden der Energiespeicherung notwendig. Forschung an Speichermethoden muss intensiviert werden. (p. 57)		
- Energienetze	Auflösung der 4 deutschen Netzregelzonen (der 4 großen deutschen Energieversorger) in 1 nationale Netzregelzone ohne staatliche Beteiligung. (p. 24) Zur verbesserten Nutzung erneuerbarer Energien: Stärkere Einbindung des deutschen Netzes in EU-Verbundnetz (p. 24)	Gründung einer Deutschen Netz AG, die die Regulierung der Energienetze durchführt, damit Investitionen überhaupt durchgeführt werden. Hohe Investitionen werden als notwendig erachtet. (p. 23)	Energienetze mit intelligenter Technik einführen (z.B. intelligenter Stromzähler), Fernsteuerung/Auswertung mit Zustimmung des Kunden zur Optimierung der Stromerzeugung (p. 54)	Der Ausbau der Stromnetze soll für Erdkabel erleichtert und beschleunigt werden. (p. 63) „Masterplan Netzintegration“ - soll optimale Integration der erneuerbaren Energien ermöglichen. Netze sollen einer „konzernunabhängigen Deutschen Netzgesellschaft“ unterstellt werden. (p. 64)	

- Elektromobilität	Elektromobilität hat große Potentiale: Verringerung der Abhängigkeit von Erdöl und Verringerung der CO2-Emissionen. Einrichtung einer Region in Deutschland, in der Elektrofahrzeuge im Verbund mit Elektro-„Tankstellen“ erprobt werden. Ziel bis 2020: 1 Million Elektrofahrzeuge in Deutschland im Einsatz. (p. 10) Zukünftige Elektromobilität muss durch Industrie, Wissenschaft und Politik gestaltet werden. (p. 27)	„Nationaler Entwicklungsplan Elektromobilität“ soll eingeführt werden, um batteriebetriebene Fahrzeuge zu fördern. Weiterhin soll die Technologie Wasserstoff/Brennstoffzellen in den Markt eingeführt werden (im Rahmen der Clean-Energy-Partnership). (p. 30)	Strom für Elektroautos soll stärker angerechnet werden als Biosprit. „Die Nutzung der Elektromobilität ist in Europa systematisch voranzutreiben“ (p. 55)	Bis 2020 sollen 2 Millionen Elektrofahrzeuge in Deutschland fahren. 500 Mio EUR pro Jahr an Marktanreiz- und Forschungsprogramm. Ab 1.1.2011 5000 EUR Zuschuss bei Neukauf. (p. 74)	
- Klimaschutz	Klima- (und Umweltschutz) sollen im kooperativen Stil durch marktwirtschaftliche Instrumente – nicht durch staatliche Regulierungen und Vorschriften. Verbraucher-/Unternehmer-Verantwortung soll gestärkt werden. (p. 79) Klimaschutzziel: Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Wert. (p. 70) Kyoto-Plus-Abkommen wird befürwortet mit verbindlicher Einbindung von USA Klimaschutz-Ziele und Einbindung der Entwicklungs- und Schwellenländer (p. 70)	Etablierung eines Klimaschutz-Innovationsfonds, der Venture-Kapital für Klimaschutz-Innovationen bereitstellt. (p. 26) Emissionshandel soll Klimaschutz befördern, indem effizientere Kraftwerke (Kohle, Gas) dadurch bevorzugt werden. (p. 28)	„Klima- und Ressourcenschutz sind weltweit die herausragenden umweltpolitischen Herausforderungen unseres Jahrhunderts.“ im Sinne des nachhaltigen Wirtschaftens (p. 54) Post-Kyoto mit USA, China, Indien ist notwendig, Ziel: globaler Kohlenstoffmarkt, Emissionshandel zur Optimierung der CO2-Einsparung (p. 55) „Langfristig strebt die FDP eine CO2-neutrale Energieversorgung an“ (p. 56)	Emissionshandel auf kostenpflichtige Zertifikate umstellen und Vergabe durch Versteigerung. (p. 56) Seeschifffahrt soll in Emissionshandel einbezogen werden. (p. 71)	Emissionshandel der EU hat versagt, weil er keine reduzierende Wirkung auf die CO2-Emissionen ausübt. Forderung nach verschärften Vorgaben. (p. 13) Gewinne der Energieunternehmen aus kostenlosen CO2-Emissions-Zertifikaten besteuern (p. 15) Versteigerung der Emissionszertifikate statt kostenfreier Ausgabe, Erlöse für Klimaschutz und „soziale Abfederung der Energiewende“.
- Klimawandel	Anpassung durch Schutz sensibler Ökosysteme, Anpassung in Forstwirtschaft, Hochwasserschutz. Optimierung des Wasserhaushaltes. (p. 70)				„Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird sein, sich auf den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einzustellen.“ Klimaschutz muss in allen Planungsverfahren berücksichtigt werden (p. 13)
- Müllverwertung	Vorrang für Abfallvermeidung, unvermeidbare Abfälle müssen vorrangig wiederverwertet werden (p. 74)			„Wir wollen den Einstieg in eine echte Kreislaufwirtschaft, die konsequent Abfall vermeidet und Stoffe wiederverwertet.“ (p. 132) Zubau von Müllverwertungsanlagen wird abgelehnt.	Ablehnung der Verbrennung von Abfällen als Regelverfahren, stattdessen biologisch-mechanische Verfahren einsetzen. Bestehende Anlagen an aktuellen Technikstandard anpassen. Verbot des Abfallexports. (p. 15)
- Energiemix	Breiter und klimafreundlicher Energiemix ist Ziel. Energie-Importe sollen auf möglichst viele Länder verteilt werden. (p. 24)	Energiemix der Zukunft ist sauber, sicher, bezahlbar (p. 26)	Klimaschutz, Ressourcenschonung und Versorgungssicherheit bedingen die Suche nach Alternativen zu fossilen Energien (p. 56)		

- Biodiversität		„Biodiversität ist gleichzeitig ein wichtiger und häufig unterschätzter Wirtschaftsfaktor.“ (p. 73)	„Die FDP will den Rückgang der biologischen Vielfalt stoppen ...“ (p. 59) Biodiversität soll zu eigenem Forschungsfeld werden, Archivierung von Saatgut (p. 60)	Biologische Vielfalt wird als wichtig angesehen. Interdisziplinäre Biodiversitätsforschung soll stärker gefördert werden/ Biodiversitätsmonitoring. (p. 134)	
- Gebäudetechnik	Mehr Gestaltungsfreiheit zur Förderung energetischer Sanierung von Gebäuden Anreize zur Modernisierung des Heizungsbestandes. (p. 26 li) „Energieeffizientes Bauen und energetische Sanierung“ stellen besonders effiziente treibhausgas-reduzierende Maßnahmen dar. (p. 71 re)	EnEV (Energieeinsparverordnung) soll um 30 % verschärft werden. 2 Mrd. Pro Jahr Zuschüsse für CO2-Gebäudesanierungsprogramm – Sanierungsrate wird auf 2-3 % heraufgesetzt. (p. 26) Auch bei Gebäudesanierung sollen erneuerbare Energien verpflichtend zur Energiebereitstellung beitragen (p. 27)		Auch im Gebäudebestand sollen erneuerbare Energien bis 2020 verpflichtend 20 % der Energie liefern. (p. 63) Mieter-Vermieter-Dilemma: Vermieter darf Mehrkosten nach Sanierung nur streng begrenzt weitergeben. Mieter bekommt Mietminderungsrecht, wenn Vermieter der gesetzlichen Pflicht zur energetischen Sanierung nicht nachkommt. Gelder für Vermieter zum Zweck der Sanierung sollen bereitgestellt werden. (p. 68) Abwärmennutzung soll bei Gebäuden verpflichtend eingeführt werden. (p. 69)	
- Mobilität / Verkehr	Mobilität muss möglichst umweltfreundlich gestaltet werden. Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf Schiene/Schiff. Reduzierung von Kraftstoffverbrauch und Lärmemissionen (p. 22) Generelles Tempolimit wird abgelehnt. (p. 22) Deutschland benötigt gut ausgebaute Luftverkehrs-Infrastruktur. Diese wird gemäß des Bedarfs ausgebaut. (p. 23)	Fahrzeuge der Zukunft werden „der Tatsache knapper werdenden Öls Rechnung tragen müssen“. Es soll in Deutschland entwickelt werden. (p. 26) Ziel: gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige Mobilität soll umweltfreundlich und bezahlbar sein. (p. 29) Verkehrsinfrastruktur soll in Zukunft weiter ausgebaut werden, aber auch die Nutzung der Verkehrswege optimiert werden, z.B. durch Verkehrssteuerungs- und Verkehrsmanagementsysteme. (p. 29) Effizienz bei Autos steigern durch z.B. Hybridsysteme. (p. 30) Mehr Verkehr soll von der Straße auf die Schiene verlagert werden. (p. 30)	Kostentransparenz für Mobilität, indem jeder alle Kosten für Infrastruktur und Umwelt trägt: Freie Entscheidung des Bürger über das für ihn optimale Verkehrsmittel (p. 62) Verkehrsléitsysteme sollen unnötigen Verkehr und Staus vermeiden. (p. 63) Buslinienfernverkehr soll zugelassen werden (p. 63) Einbeziehung des Verkehrs (Land, Wasser und Luft) in den Emissionshandel, um Elektrofahrzeuge und Biokraftstoffe indirekt zu fördern (p. 64)	Vermeidung unnötiger Transporte, Verkehr auf umweltfreundlichere Systeme verlagern, umwelt- und klimaschonende Verkehrsträger einsetzen. (p. 70) Generelles Tempolimit: 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen. (p.74)	Strategie der kurzen Wege einführen, Förderung des Fuß- und Rad-Verkehrs. Umlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene / auf Schiffe (p. 14) Flugverkehr wird als umweltschädlichstes Verkehrsmittel angesehen. (p. 14) Tempolimit 120 km/h auf Autobahnen, Rücknahme der Beschleunigungsgesetze für Verkehrswegeplanung (p. 15)

- Öffentlicher Verkehr	<p>ÖPNV soll gestärkt werden. Besonders auf dem Land soll ÖPNV gestärkt werden, da dort Bedarf besteht. (p. 23)</p> <p>Wettbewerb bei Nutzung des Schienennetzes, weil dadurch Optimierungs-/Einsparpotentiale frei werden. Schienennetz und Bahnhöfe sollen aber in öffentlicher Hand bleiben. Schienennetze sollen flächendeckend erhalten und ausgebaut werden. (p. 33)</p> <p>Wasserstraßen sollen – unter Berücksichtigung von ökologischen Aspekten und Hochwasserschutz – optimiert werden. (p. 33)</p> <p>Verbesserte Einbindung in das europäische Verkehrssystem. (p. 33)</p> <p>ÖPNV „... sichert die Funktionsfähigkeit und Lebensqualität unserer Städte“. (p. 74)</p>	<p>Bahn soll besser in ÖPNV eingebunden werden, einfachere Tarifsysteme bieten, barrierefreie Bahnhöfe besitzen. Die Deutsche Bahn AG soll nicht zerschlagen werden, sondern als ein Konzern bestehen bleiben. (p.30)</p> <p>ÖPNV, Rad- und Fussverkehr sollen gleichberechtigt behandelt werden. Stadtverkehr soll durch die „Einführung neuer Technologien“ und den Ausbau sicherer, umweltfreundlicher, sozialer gestaltet werden. (p. 30)</p>	Privatisierung des ÖPNV soll weitergeführt werden, dadurch mehr Wettbewerb. (p. 63)	<p>Regionale Straßen- und Schienenwege des Bundes sollen an die Länder gegeben werden. (p. 71)</p> <p>Bahn soll in öffentlicher Hand bleiben, wird in unabhängige Gesellschaft überführt und durch die Bundesnetzagentur mitkontrolliert. Der Ausbau soll verstärkt werden. (p. 72)</p>	<p>Öffentlicher Verkehr muss deutlich ausgebaut und kostengünstiger gestaltet werden. „Langfristig“ wird ein unentgeltlicher Nahverkehr angestrebt, um Mobilität vom persönlichen Einkommen unabhängiger zu gestalten. (p. 14)</p> <p>Die Privatisierung von Bahn und ÖPNV wird abgelehnt. (p. 14)</p> <p>Angebot des ÖPNV und der Bahn muss wachsen (p. 14)</p>
- Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)	KWK und dezentrale Energieerzeugung sollen gestärkt werden, um Erzeugungs-Effizienz zu steigern und Leitungsverluste zu verringern. (p. 24)	KWK soll bis 2020 auf einen Anteil von 25 % an der gesamten Stromerzeugung ausgebaut werden. (p. 28)		KWK soll bis 2020 ihren Anteil an der Stromerzeugung auf 30 % steigern. (p. 69)	KWK besonders bei Biomassennutzung einsetzen (p. 15)
	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Die Linke